

Für ein neues Narrativ von Friedlicher Revolution und Deutscher Einheit 35 Jahre danach

Artikel für das Magazin des Rotary-Clubs

**Markus Meckel
Juli 2024**

I

35 Jahre ist es her, dass in der DDR geschah, was viele nicht für möglich gehalten hatten: Die DDR erlebte im Herbst 1989 eine friedliche Revolution. Die kleine Opposition organisierte sich neu. Viele hatten vorher die Freiräume der Kirche wahrgenommen, jetzt traten sie aus ihr heraus - zuerst wir als Sozialdemokraten, die im Untergrund eine Partei gründeten, dann neue Bewegungen und demokratische Netzwerke, das „Neue Forum“, „Demokratie Jetzt“, der „Demokratische Aufbruch“, später erweiterte sich das Spektrum. Erst gingen Zehn-, dann Hunderttausende an immer mehr Orten auf die Straße und stärkten der demokratischen Opposition den Rücken, so dass die SED und die anderen Blockparteien sie schließlich am „Runden Tisch“ als Gesprächspartner anerkennen mussten. In friedlichen Verhandlungen wurde der Weg zur demokratischen Wahl vorbereitet und diese fand schließlich am 18. März 1990 statt. Am 12. April hatte die DDR nach Koalitionsverhandlungen eine demokratische Regierung und bekannte sich am gleichen Tag in einer Erklärung der frei gewählten Volkskammer zur deutschen Schuld und zur Verantwortung aller Deutschen, die wir angesichts der Verbrechen des Nationalsozialismus tragen.

II

Dieser Sieg von Freiheit und Demokratie war jedoch mitnichten nur eine Erfahrung in der DDR. Seit der KSZE-Schlussakte von 1975 hatten sich in ganz Ost- und Mitteleuropa Helsinki-Gruppen gebildet, die sich auf die dort garantierten Menschenrechte beriefen. Trotz Repression und Gulag ließen sie sich nicht totkriegen. Gorbatschow begann seit 1985 mit der Politik von Glasnost und Perestroika. Im Dezember 1988 bekannte er sich vor der UNO zu den Menschenrechten und zum Völkerrecht und erklärte die „Freiheit der Wahl“ für die Partnerstaaten (die „Bündnispartner“ oder besser, die Satellitenstaaten im Warschauer Vertrag). Wo vorher, 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der CSSR Panzer vorrückten, wenn die Freiheit das Haupt erhob, wurden nun Räume für selbstbestimmtes Handeln offen.

Seit 1980 war in Polen mit der Gewerkschaft Solidarnosc eine gesellschaftliche Kraft entstanden, die trotz Kriegsrecht und Repression immer mehr erstarkte und tief in der polnischen Gesellschaft verankert war. Hier erklärten sich die unter Druck stehenden kommunistischen Herrscher zuerst zu Verhandlungen bereit - im Februar 1989 begannen die Verhandlungen am Runden Tisch. Hier entstand gewissermaßen das Modell einer „verhandelte Revolution“. Im August 1989 wurde Tadeusz Mazowiecki als erster nichtkommunistischer Ministerpräsident im bisher kommunistischen Europa gewählt.

In Ungarn hatte eine reformkommunistische Regierung unter Ministerpräsident Miklós Németh im Frühjahr 1989 schon die Fühler gen Westen ausgestreckt und die Grenzanlagen zu Österreich abgebaut. Im Sommer flohen mehr als 50 000 DDR-Bürger über Ungarn in den Westen, andere suchten ihren Weg über Prag oder Warschau.

Diese Stichworte mögen zur Erinnerung reichen - sie machen deutlich: die Friedliche Revolution in der DDR war Teil eines mitteleuropäischen Sieges von Freiheit und Demokratie. Es war eine gewaltfreie Selbst-Demokratisierung der Polen und Ungarn, der Deutschen in der DDR sowie der Tschechen und Slowaken. Ähnliche Prozesse spielten sich etwa in den baltischen Staaten ab.

In den von Gorbatschow eröffneten Räumen begann eine Neuordnung Europas, deren Konturen anfangs noch offen waren.

III

In Deutschland fiel im Zuge der Friedlichen Revolution am 9. November 1989 die Mauer. Alle Welt schaute zu und wusste - nun wird vieles neu.

Plötzlich stand damit die Frage der Einheit Deutschlands auf der politischen Tagesordnung - und war nicht nur Hoffnung, Traum oder verpflichtende Perspektive des Grundgesetzes.

Doch wie konnte diese erreicht werden?

Liest man die Gedenkreden zum Mauerfall, hört es sich oft so an, dass dann Kanzler Helmut Kohl die Einheit geschaffen habe, unterstützt von US-Präsident George Bush sen. und mit letzlicher Zustimmung von Michail Gorbatschow. In dieser Erzählung sind dann die Ostdeutschen OBJEKT der Wohltat des Westens - und nicht wenige beschrieben es später als Übernahme oder gar Kolonisierung.

Diese öffentlich prägenden Erzählungen entsprechen aber nicht den historischen Abläufen.

Mit dem Mauerfall wurde schnell klar: die von einer großen Mehrheit in der DDR gewünschte und schließlich geforderte Einheit, musste verhandelt werden.

Wer aber sollte sie verhandeln?

Für uns als demokratische Opposition in der DDR war klar, das konnten wir nicht der nicht gewählten Regierung der SED und der anderen Blockparteien überlassen. Es brauchte eine demokratisch gewählte Regierung - und damit freier Wahlen und einer wirklichen Demokratie!

Nur eine solche konnte für Verhandlungen zur deutschen Einheit das Mandat haben. Und so kam es.

Vier Wochen nach dem Fall der Mauer begann der Zentrale Runde Tisch in der DDR - außerdem viele regionale. Hier wurden dann auch die ersten Schritte der demokratischen Transformation gegangen wurden. In den Verhandlungen am Zentralen Runden Tisch wurde zwischen Dezember 1989 und März 1990 die freie Wahl vorbereitet und der friedliche Übergang in demokratische Verhältnisse begonnen. Die am 18. März 1990 gewählte und am 12. April etablierte Koalitions-Regierung hatte das Mandat, für die DDR-Bürger die Einheit zu verhandeln. Gleichermaßen begann sie unmittelbar mit der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft.

IV

Die große Mehrheit der DDR-Bürger wollte die deutsche Einheit möglichst schnell. Die rechtlich schnellste Möglichkeit wiederum war der „Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes“ nach Art. 23 GG. Dieser Weg wurde dann auch gewählt, wobei wir Sozialdemokraten in den Koalitionsverhandlungen darauf bestanden, dass dies nach Aushandlung von Verträgen über die Beitrittsbedingungen geschehen sollte. Mit dem Vertrag über die internationalen Bedingungen im Rahmen der Zwei (deutsche Staaten) plus Vier (die Alliierten des Zweiten Weltkrieges)-Gespräche, durch welche das vereinte Deutschland die volle Souveränität erhalten sollte, sowie den bilateralen Verträgen zur Währungsunion und dem Einigungsvertrag wurden diese Bedingungen der Einheit binnen erstaunlich kurzer Frist ausgehandelt.

Entsprechend diesem - so beschriebenen - Weg kann und muss man von einer „verhandelten Einheit“ sprechen, ausgehandelt zwischen zwei demokratischen deutschen Staaten (und mit den Alliierten). In dieser Erzählung der Einheit sind die Ostdeutschen SUBJEKT dieses Prozesses!

Ich erachte die deutsche Einheit als die Glücksstunde der Deutschen im 20. Jahrhundert. 45 Jahre nachdem wir Deutschen so viel Tod und Schrecken über ganz Europa gebracht haben, nach Jahrzehnten der Teilung im Kalten Krieg konnten wir uns in Freiheit und Demokratie vereinigen, mit der Zustimmung unserer europäischen Nachbarn.

Es macht nun einen grundlegenden Unterschied, ob wir in diesem Prozess Objekt oder - wie ich behaupte - Subjekt waren.

Wie diese Geschichte erzählt wird, macht da schon etwas aus.

V

Bis heute hat die Geschichte der „verhandelten Einheit“ mit den Ostdeutschen als Subjekt in unserer Gedenkkultur keinen angemessenen Ort. Das öffentliche Erinnern schreibt den Ostdeutschen allein die Friedliche Revolution zu – die Einheit dagegen gilt als Werk Helmut Kohls.

Dem ist zu widersprechen!

Die DDR hat sich wie die anderen Länder Mitteleuropas selbst demokratisiert. Nicht die DDR ging unter, sondern die kommunistische Herrschaft in der DDR. Die letzte und kurze Phase einer nun wirklich demokratischen DDR war die entscheidende Voraussetzung für den Prozess zur deutschen Einheit – und ein aktiver Part in diesem Prozess. Diese demokratische DDR und ihre Institutionen haben bis heute kaum Wahrnehmung gefunden, weder rechtlich noch in der historischen Forschung und schon gar nicht im öffentlichen Gedenken. Die Regierung der DDR nach der Wahl ist nicht als wirklich demokratische Regierung anerkannt. Ihre Staatssekretäre, die im Zuge der Vereinigung z.T. auch internationale Verhandlungen geführt haben, werden nicht als Teil der Regierung angesehen. Eine Darstellung der Positionen der DDR-Regierung im Verhandlungsprozess zur Einheit – und ihres Streites darüber – gibt es bis heute nicht. Ebenso wenig entsprechende Dokumentensammlungen.

Die Friedliche Revolution in der DDR gehört in den Zusammenhang des Aufbruchs in ganz Mitteleuropa – einschließlich des Mauerfalls.

Der Prozess der deutschen Einheit jedoch vom Mauerfall bis zur Vereinigung im Oktober 1990 ist als aufrechter Gang der Ostdeutschen in diese Einheit zu beschreiben, die sie nicht nur wollten, sondern auch vorantrieben und durch die von ihnen gewählte Regierung mitgestalteten.

VI

Natürlich ist dann auch von den schwierigen Dimensionen der Einheit zu reden – von Fehlern und Fehleinschätzungen der Handelnden in West und Ost, von gnadenloser Durchsetzung der eigenen Interessen und vom Ausspielen der westlichen Dominanz, von anmaßender Arroganz und Respektlosigkeit gegenüber den Vertretern der DDR. Zu dieser Geschichte gehört dann aber auch die Missachtung vieler DDR-Bürger gegenüber den Bemühungen der von ihnen selbst gewählten Regierung. Diese verhandelte in deren Interesse und wurde vielfach dadurch geschwächt, dass die eigenen Bürger Verhandlungen als Zeitverschwendung auf dem Weg einer schnellen Einheit ansahen.

Auch diese Perspektive bedarf noch einer differenzierenden Forschung – und nicht nur pauschaler Anklagen.